



Wir frieren nicht für euren Krieg!

Es wird kalt in Deutschland! Insbesondere die Ärmsten sind von den sozialen Zumutungen der Ampelregierung betroffen.

Die Inflation (derzeit bei offiziell 7,9 %) droht auf 10 % und mehr zu steigen. Im August 2022 betrug laut Statistischem Bundesamt die Teuerungsrate für Lebensmittel 16,6 % im Vergleich zum Vorjahresmonat, die für Haushaltsenergiekosten und Kraftstoffe 35,6 %. Die Heizkosten explodieren aufgrund steigender Gaspreise infolge der Nicht-Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und des gegen Russland geführten Wirtschaftskriegs. An der künstlich herbei geführten Verknappung von Gas und Öl verdienen die Energiekonzerne: Die Gewinne der Konzerne (irreführend auch als „Zufallsgewinne“ bezeichnet) explodieren. So erwartet

An der künstlich herbei geführten Verknappung von Gas und Öl verdienen die Energiekonzerne.

Geld für Klima und Soziales statt „Kriegskredite“!

Jährlich 400 000 neue Wohnungen, 100 000 davon als Sozialwohnungen, hatte die Ampel in ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt. Dafür fehlen jetzt die Mittel. Auch im Gesundheitswesen soll gespart werden: Der Etatentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit für 2023 umfasst Ausgaben von 22,06 Milliarden Euro gegenüber 64,36 Milliarden Euro im letzten Jahr. Eine Kürzung auf ein Drittel! Und zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen will Gesundheitsminister Lauterbach die Beiträge um 0,3 % anheben. Dem steht das sogenannte Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr gegenüber. Im Ersten Weltkrieg hieß das noch ehrlicher „Kriegskredite“.

Für Bildung, Renten, Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung, ... fehlt aber das Geld. Statt eines ökologischen Umbaus setzt man jetzt auf das äußerst umweltschäd-



RWE für das Gesamtjahr 2022 einen Gewinn vor Steuern von fünf bis 5,5 Milliarden Euro statt wie bisher 3,6 bis vier Milliarden Euro.

Für eine vierköpfige Familie bedeuten die gestiegenen Gaspreise jährliche Zusatzkosten von bis zu über 1000 Euro. Nun verstaatlicht der Bund den im Wirtschaftskrieg ins Straucheln geratenen Gasimporteur Uniper für 30 Milliarden, die dann wieder auf uns abgewälzt werden sollen.

Für eine vierköpfige Familie bedeuten die gestiegenen Gaspreise jährliche Zusatzkosten von bis zu über 1000 Euro.

Für den „länger andauernden Fall eines Gasausfalls“ sieht Wirtschaftsminister Habeck „keinen Sinn“ darin, den Heizbedarf der Bevölkerung vorrangig gegenüber der Wirtschaft zu bedienen: Frieren für den Wirtschaftskrieg.

liche Fracking-Gas, den Ausbau der Flüssiggas-Infrastruktur und den Weiterbetrieb von AKWs. Energiewende war gestern.

Wer dreht uns den Gashahn zu?

Um Russland in die Knie zu zwingen oder - wie es die deutsche Außenministerin Baerbock sagte - „zu ruinieren“, sind sie bereit, das Leiden in der Ukraine immer weiter zu verlängern und bei uns die Verelendung großer Bevölkerungsteile in Kauf zu nehmen.

Nicht Russland, sondern die Ampelkoalition hat die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 verhindert.

Und jetzt ist es angeblich Russland, das „Gas als Waffe einsetzt“, einen „hybriden Krieg“ (Baerbock) führt und die deutschen

Gasvorräte nicht brav auffüllt. Nicht „Putin dreht uns den



Gashahn zu“, sondern die deutsche Regierung, die einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führt, der der BRD-Wirtschaft mehr schadet als dem erklärten Gegner. Anstatt „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, wie es der Amtseid verlangt, werden die Kosten des Wirtschaftskrieges auf die Bevölkerung abgewälzt. Und um vom russischen Gas unabhängig zu werden, werden weltweit die noch verfügbaren Gasbestände aufgekauft. Das treibt den Gaspreis in die Höhe und trifft die ärmsten Länder. So sieht also die „wertebasierte Außenpolitik“ aus.

Die angestrebte Energieautonomie soll eine zunehmend militärische außenpolitische Machtentfaltung der BRD ermöglichen.

So erklärte Verteidigungsministerin Lambrecht in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP):

„Deutschlands Größe, seine

geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz: sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht“. Die Bundesrepublik sei eine „Führungsmacht ... auch im Militärischen“. Da wäre eine Abhängigkeit von „Putins Gas“ nur hinderlich.

Heißer Herbst gegen soziale Kälte und (Wirtschafts-)Krieg!

Das Entlastungspaket der Ampelkoalition soll dazu dienen, Proteste der Bevölkerung im Zaum zu halten. Doch es regt sich erster Widerstand. Tausende gingen in Leipzig, Berlin oder Erfurt gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung auf die Straße. Vor der Grünen-Zentrale in Berlin wurde für „Heizung, Brot und Frieden“ demonstriert.

Rund 70 000 Menschen demonstrierten in Prag gegen die Energie- und Sozialpolitik Tschechiens und für militärische Neutralität. Und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) rief zu „Preise-runter-Demos“ auf, an denen sich 32 000 Menschen beteiligten.

Wenn die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi das dritte Entlastungspaket als „insgesamt beeindruckendes Paket“ bezeichnet, das die Ampel in „einer Zeit historisch beispielloser Herausforderungen“ beschlossen habe, so geht das in die falsche Richtung. Was wir jetzt brauchen, ist

kein ruhiges Hinterland, keine „konzertierten Aktionen“, bei denen DGB und Kapitalvertreter an einem Tisch sitzen, sondern kämpferische Gewerkschaften, die sich gegen die Angriffe des Kapitals wehren. In den anstehenden Tarifrunden darf es keine Lohnzurückhaltung geben.

Gemeinsam kämpfen: Für Frieden und Soziales!

Es wird immer deutlicher: Die sozialen Kämpfe lassen sich nicht vom Kampf gegen den gegen Russland geführten Wirtschaftskrieg trennen. Wir brauchen eine neue außerparlamentarische Bewegung, in der Gewerkschaften, Mieterbewegung, Sozialverbände, Umwelt- und Friedensbewegung, ... gemeinsam Druck machen.

Durch Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen werden keine Menschenleben in der Ukraine gerettet und kein Krieg beendet.

Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen dienen nur dazu, den Krieg in die Länge zu ziehen und Russland zu schwächen. Die jetzt angekündigte Teilmo-

bilmachung in Russland zeigt erneut, wie der Krieg so weiter eskaliert wird. Eine Eskalation, die in letzter Konsequenz in den Atomkrieg führen würde. Ihr Ziel ist es, die Russische Föderation in ihrer staatlichen Souveränität zu schwächen, ökonomisch zu ruinieren und zu einem billigen Rohstofflieferanten für westliche Konzerne zu machen. Das nennen wir Imperialismus.

Das ist nicht im Interesse der arbeitenden Menschen! Das ist nicht unser Krieg!

- Keine Waffenlieferungen!
- Keine Wirtschaftssanktionen!
- Stoppt diesen Krieg!
- Für Friedensverhandlungen, die die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigen!
- Energiepreisstopp auf dem Stand von Juni 2021!
- Wirtschaftskrieg beenden und Nord Stream 2 öffnen!

Impressum



Deutsche Kommunistische Partei Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

**Kontakt zur DKP-Kreisorganisation Stuttgart:
mail@dkp-stuttgart.org**

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906
BIC: SOLADEST600